



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

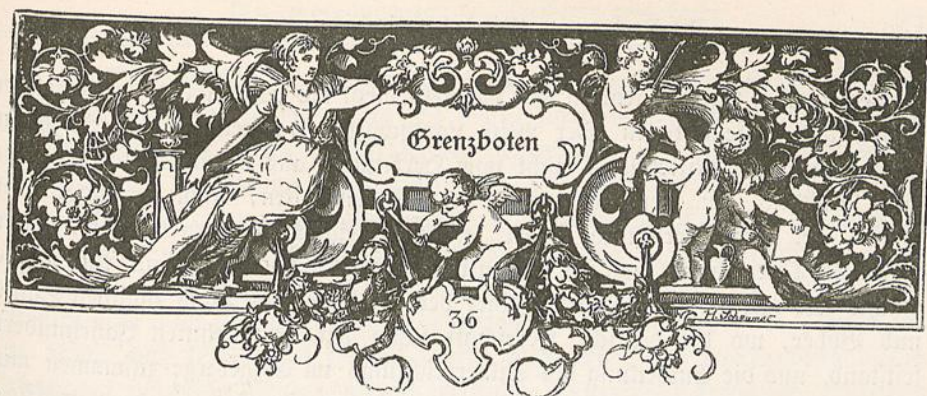
DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Kaemmel, Otto: Die Vorbereitungszeit des Freiherrn vom Stein

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Die Vorbereitungszeit des Freiherrn vom Stein

Von Otto Kaemmel



stelsien und die Ostelbier spielen heute in unsern Zeitungen eine große Rolle. Hätten wir noch ein lebendiges historisches Sprachgefühl, so würden wir lieber Ostalbingien und Ostalbingen sagen, wie man ja auch von Nordalbingern spricht. Aber der Ausdruck ist nun einmal geprägt und wird leider oft mit einem gewissen geringschätzigen Nebensinn, in der Vorstellung, daß diese Landschaften in mancher Beziehung hinter andern deutschen zurückgeblieben seien, angewandt, ganz besonders in West- und Süddeutschland, wo man von den Ländern jenseits der Elbe im allgemeinen weder etwas Nichtiges weiß noch wissen will. Man mag es im nationalen Interesse beklagen, daß zu dem alten Bewußtsein starker Verschiedenheiten zwischen dem Norden und dem Süden noch das eines gewissen Gegensatzes zwischen dem Westen und dem Osten Deutschlands getreten ist, immerhin hat diese Empfindung im Grunde mehr Berechtigung als die oft künstlich aufgebaute Vorstellung von einem Gegensatz zwischen Nord und Süd. Denn nur der Westen bis zur Elbe und zur Saale im Norden, bis zum Böhmerwald und zur Enns ist altes deutsches Land. Der ganze Osten ist ein den Slawen erst seit dem neunten und zehnten Jahrhundert abgenommenes, erst seit dem zwölften und dreizehnten Jahrhundert wenigstens zum größten Teil, obwohl noch immer nicht vollständig germanisiertes Eroberungs- und Kolonialgebiet, dessen altgermanische, halbnomadische Bevölkerung dort wenig Spuren zurückgelassen hatte. Ohne diese große Erwerbung, auf das sogenannte reine Deutschland beschränkt, zwischen Romanen und Slawen zusammen gezwängt, wären die Deutschen niemals zu einer großen selbständigen mächtigen Nation geworden. Aber allerdings, der Osten blieb dem Westen gegenüber immer ein verhältnismäßig junges Land, in seinen sozialen, wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen von der ältern und gereifern Kultur des Westens verschieden.

Im Westen entwickelte sich früh das städtische Wesen, das vor allem auf Gewerbe und Handel beruhende, also geldwirtschaftliche Bürgertum zu großer Bedeutung neben dem Adel und dem Klerus, und diese beiden das frühere Mittelalter beherrschenden Stände besaßen selten geschlossene große Güter; ihr

oft bedeutendes Grundeigentum war vielmehr meist als „Streubesitz“ in einzelnen Hufen und Hufenanteilen über weite Landschaften verstreut und wurde schon gegen Ende des Mittelalters nicht vom Herrenhofe aus bewirtschaftet, sondern war tatsächlich ein Renteninstitut, das auf den festen, kaum veränderlichen Zinsen der meist persönlich freien, nicht leibeignen Bauern beruhte. Der koloniale Osten blieb dagegen wesentlich agrarisch-feudal. Eine Ausnahme machte fast nur das alte Markengebiet der Wettiner, das Land zwischen Saale und Bober, wo die deutsche Herrschaft schon seit dem zehnten Jahrhundert feststand, und die Entdeckung des Silberreichtums im Erzgebirge zusammen mit dem großen westöstlichen Handelswege der „Hohen Straße“ seit dem zwölften Jahrhundert die wirtschaftliche Entwicklung beschleunigte, der des Westens ähnlich machte. In einem Winkel dieses Gebiets, in der heutigen Oberlausitz hat sich auch das städtische Wesen, begünstigt von der Abwesenheit jedes fürstlichen Hofes und jedes Bischofsitzes, zu westdeutscher Selbständigkeit und Bedeutung entwickelt. Im übrigen Nordosten gelang das nur den Küstenstädten längs des Baltischen Meeres, der großen Handelsstraße nach dem Norden und dem Nordosten; sonst kamen hier und vollends im Südosten nur einige wenige Städte zu größerer Geltung. Im übrigen herrschte hier der Adel, der das Land mit seinem Schwert erobert hatte, auf seinen geschlossenen, selbstbewirtschafteten Rittergütern; er gewann von den Landesherren allmählich die obrigkeitlichen Rechte als Zubehör seiner Grundherrschaft und drückte auch die freien deutschen Kolonisten zu fast rechtlosen Leibeignen und Hörigen herab.

Aber wenn der Osten sozial und wirtschaftlich hinter dem altdeutschen Westen zurückblieb, so war er ihm politisch ebenso weit voraus. Seitdem das „reine“ Deutschland mit dem Ende der großen Kaiserzeit aufgehört hatte, sich große politische Aufgaben zu stellen und zu lösen, wurde es durch fürstliche Erbteilungen und ständische Gegensätze immer mehr in kleine Territorien zerlegt, die jedes Staates erste und wesentliche Aufgabe, Macht zu sein, gar nicht mehr erfüllen konnten. Was sie noch trug und erhielt, das war nicht ihre eigne Kraft, das waren die verkümmerten Reichsinstitutionen, die hier fortlebten. In den geistlichen Fürstentümern, der eigentümlichsten Schöpfung des alten Kaisertums, in den Reichsstädten und in dem reichsunmittelbaren Adel, den Reichsgrafen und Reichsrittern, fand auch das Kaisertum des späten Mittelalters und der Neuzeit noch seine besten Stützen.

Im Osten dagegen erwuchs aus der alten umfassenden straffen markgräflichen Gewalt großer Fürstengeschlechter das Territorialfürstentum zu voller Landeshoheit; es litt weder Reichsstädte noch reichsunmittelbare Bistümer noch Reichsritter, es gewann mit dem Übergang der meisten Territorien zum Protestantismus auch die Kirchenhoheit und einen großen Teil des Kirchenguts. Freilich vermochte es die Macht des Adels nicht zu brechen, vielmehr bezeichnet das sechzehnte und die erste Hälfte des siebzehnten Jahrhunderts gerade die Blütezeit des ständisch-feudalen Staats, der, indem er alle obrigkeitlichen Rechte in ein Zubehör des Grundbesitzes verwandelte, den Staat in eine Verbindung adlicher, städtischer und fürstlicher Grundherrschaften aufzulösen drohte. Aber diese Überspannung privatrechtlicher Anschauungen führte gerade hier zu einer

scharfen Reaktion des Staatsgedankens: der koloniale Osten wurde die Heimat und das wichtigste Arbeitsgebiet des neuen fürstlichen Absolutismus, der, am folgerichtigsten in Preußen, mit seinem stehenden Heere, seinem monarchischen Beamtentum und seiner merkantilistischen Wirtschaftspolitik die vereinzeltsten Territorien zu einer machtvollen Einheit zusammenschweißte und den feudalen Adel in den Staats- und Heeresdienst zog, ihn zu einem monarchisch-militärischen Adel umbildete. Seine soziale Stellung vermochte der Absolutismus freilich noch nicht zu erschüttern, ja er verschärfte die Scheidung der Stände, und er drang auch keineswegs überall durch; Kurpfalz und Mecklenburg blieben ebenso gut ständische Länder, wie im westlichen Deutschland Hannover, Württemberg oder Bayern.

Es war nun nur natürlich, daß die großen geschlossenen Territorien des Ostens nach dem zerfahrenen, wirtschaftlich und sozial gereiften Westen übergriffen, also das Mutterland mit den Kolonialländern zu vereinigen suchten. Zuerst, noch im Mittelalter, taten das von Meißen aus die Wettiner, indem sie die Landgrafschaft Thüringen, von der die Kolonisation dieser Marken im wesentlichen ausgegangen war, und somit die Herrschaft über die ganze große westöstliche Verkehrslinie von der Werra bis nach Schlesien erwarben. Die Habsburger hatten aus dem Zusammenbruch ihrer südwestdeutschen Machtstellung noch ansehnliche Gebiete am oberrhein und an der oberrheinischen Donau gerettet, die vorderösterreichischen Lande; sie hatten damit einen starken Einfluß auf den schwäbischen Kreis, benutzten diesen zur Gründung des Schwäbischen Bundes 1488 und besaßen eine Zeit lang, 1519 bis 1533, sogar sein Hauptland Württemberg. Sie haben dann fast während des ganzen siebzehnten Jahrhunderts daran gearbeitet, Bayern, das Mutterland der österreichischen Kolonialländer, zu erwerben. Hätten sie diese süddeutschen Vergrößerungspläne ausführen können, so wäre, zumal da das Kaisertum tatsächlich in ihrem Hause erblich geworden war, und da sie bis 1635 die Lausitzen, bis 1742 Schlesien, seit 1713 Belgien besaßen, das Übergewicht des deutschen Elements in Österreich und dessen herrschende Stellung im Reiche für alle Zeiten gesichert gewesen, unter der Voraussetzung freilich, daß sich die Habsburger nicht zu Werkzeugen der katholischen Reaktion hergaben. Daß dies eben doch geschah, und daß die Habsburger ihre süddeutschen Pläne nicht durchführen konnten, das hat die Trennung Österreichs von Deutschland vorbereitet und die Neubildung des Reichs auf einer ganz neuen, von der Tradition nicht getragenen Grundlage entschieden.

Wenn Preußen diese Grundlage bildete, so hängt das mit der Erwerbung westdeutscher Territorien aufs engste zusammen; ein auf die ostelbischen Provinzen beschränktes Preußen würde sich von Deutschland kaum weniger abgeschlossen haben als Österreich. Den Anfang machten die Stücke aus der jülich-bergischen Erbschaft, Cleve, Mark und Ravensberg 1613, es folgten 1648 die Bischofslande Magdeburg, Halberstadt und Minden, 1707 Tecklenburg, 1713 der Anfall der oranischen Besitzungen Geldern, Mörs und Lingen, 1744 Ostfriesland, gewiß alles zerstreute kleine Gebiete, von denen nur Magdeburg und Halberstadt mit den ostdeutschen Kernländern zusammenhingen, aber sie schoben die Macht der Hohenzollern bis an die untere Maas und

bis an die Nordsee vor. Die großen Erwerbungen von 1815 und 1866 setzten das längst Begonnene nur fort, fügten zu den ostelbischen Kolonialländern altdeutsche Gebiete von einer gereiftern Kultur, die jenen an Umfang nicht mehr so sehr viel nachstanden, während der Staat seine polnischen Provinzen größtenteils abstieß.

Daß dies nun etwa das Ergebnis einer planmäßigen Politik gewesen wäre, wird niemand behaupten. Der Große Kurfürst wollte ursprünglich einen geschlossenen ostdeutsch-baltischen Staat zwischen Elbe, Memel und Ostsee mit der Hauptstadt Stettin begründen; Friedrich Wilhelms des Ersten größte Leistung war die Eroberung Vorpommerns bis zur Peene, also des Obermündungslandes 1720, und Friedrichs des Großen Absicht war auf die innere Zusammenfassung und die weitere Abrundung der ostelbischen Kernlande durch die Erwerbung Schlesiens, Westpreußens, des Restes von Vorpommern und vielleicht auch Sachsens gerichtet; auf die westdeutschen Provinzen zwischen Weser, Maas und Nordsee hat er weder seine merkantilistische noch seine militärische Politik vollständig angewandt, er hat sie zollpolitisch geradezu als Ausland behandelt, um die junge Industrie seines Ostens gegen den entwickelten Gewerbefleiß des Westens zu schützen, und er hätte sie ganz gern gegen günstiger liegende Gebiete vertauscht. Wie sehr sich endlich die preußischen Staatsmänner 1814/15 gegen die Zuweisung der Rheinprovinz gesträubt haben, für die sie viel lieber ganz Sachsen genommen hätten, ist bekannt. Und noch 1866 hätte König Wilhelm, wenn es nach ihm gegangen wäre, am liebsten Teile Sachsens und Böhmens mit Preußen vereinigt und sich im Westen mit einigen Landstrichen zur territorialen Verbindung zwischen den beiden Hauptmassen seines Staatsgebiets begnügt.

Und doch sind diese westdeutschen Landschaften von der größten Bedeutung für die innere Gestaltung des preußischen Staats geworden. In Neve-Mark hat zuerst der Berliner Religionsvergleich von 1672 die konfessionelle Geschlossenheit der deutschen Territorien grundsätzlich gebrochen und die Gleichberechtigung der drei anerkannten Bekenntnisse innerhalb desselben Territoriums proklamiert; dort sind am Ende des achtzehnten Jahrhunderts die Einrichtungen vorhanden gewesen oder durchgesetzt worden, die dann für die innere Neugestaltung Preußens besonders seit 1807 die Vorbilder gaben. Das war das Werk des großen westdeutschen Staatsmannes, des Freiherrn Karl vom Stein, der in diesen Provinzen seine Schule gemacht hatte, und das im einzelnen nachgewiesen zu haben im ersten Bande seines grundlegenden, aus den umfassendsten Studien in den Archiven und in der Literatur hervorgegangnen Werks über Stein, ist das große Verdienst Max Lehmanns.*) Daß dabei der Mensch hinter dem Beamten ganz zurücktritt, liegt zunächst in der Beschaffenheit des Quellenmaterials, vor allem aber doch in dem Interesse, das diese Aufgabe einflößt, die innere Geschichte des preußischen Staats zu schildern.

*) Freiherr vom Stein von Max Lehmann. Erster Teil: Vor der Reform, 1757 bis 1807. Leipzig, S. Hirzel, 1902. XX und 454 Seiten. Der zweite Band ist soeben erschienen.

Ein Vergleich zwischen Stein und Bismarck liegt nahe. Der eine hat den Grund zu dem neuen Preußen gelegt, indem er provinzielle Einrichtungen auf den ganzen Staat ausdehnte, der andre hat das neue Deutsche Reich gegründet, indem er preussische Institutionen auf ganz Deutschland übertrug. Beide waren praktische Landwirte und stolze Edelleute, aber ohne jede hochmütige Exklusivität, beide Protestanten, beide geniale Naturen von weitem Blick, tiefer Leidenschaftlichkeit und unbeugsamer Willenskraft, beide erfüllt von gesundem Wirklichkeitsfönn, Feinde alles Doktrinarismus und aller Schablone, deshalb auch Gegner der Bureaukratie und Verfechter einer verfassungsmäßigen Teilnahme des Volks am Staatsleben, soweit sie sich mit einer wirklichen Monarchie vertragen. Und doch, wie verschieden waren sie wieder voneinander: Stein ein Westdeutscher, ein Reichsritter, der nur den Kaiser als Oberherrn anerkannte und sich jedem Landesfürsten ebenbürtig fühlte, ein Deutscher schlechweg, Preuße nur durch seine freie Wahl, dem alten ostelbischen Kernlande des Staats innerlich immer fremd; Bismarck von Haus aus ostelbischer Junker, treuer Vasall seines Landesherren, lange Zeit nur Preuße, mit dem Westen Deutschlands wenig bekannt und deshalb auch ohne tiefere Kenntnis der römischen Kirche. Der eine wurde Preuße und arbeitete für Preußen, weil er in Preußen die für Deutschland entscheidende Kraft sah, der andre wurde aus einem Preußen ein Deutscher, weil mit dem Aufsteigen seines Staats diesem die Pflicht zufiel, Deutschland zu führen.

Wie wichtig die Umgebung für die Gestaltung einer Persönlichkeit ist, wie aber das Entscheidende doch in ihrem Entschluß, also in ihrem Willen liegt, das zeigt gerade Steins Entwicklung sehr deutlich. Das Geschlecht tritt erst 1255 unter den Burgmannen der Grafen von Nassau hervor, deren Stammburg derselbe Felsen des Lahntals trägt, wie den Stammsitz der vom Stein. Aber im sechzehnten Jahrhundert war die Familie reichsfrei geworden, sie gehörte zum rheinischen Kreise der Reichsritterschaft und trug Lehen von Mainz, Trier, Pfalz, Hessen und Wied. Während der größte Teil ihrer Standesgenossen der katholischen Kirche treu blieb, trat die Linie, von der Karl vom Stein abstammte, mit ihrem Ahnherrn Engelbrecht, Domherrn von Trier, schon 1525 zum Protestantismus über. Ihr Besitz, ein echter westdeutscher Streubesitz, war über einen weiten Raum auf beiden Seiten des Rheins verteilt, umfaßte aber auf dem rechten Ufer — der linksrheinische ist nicht genau bekannt — im ganzen nur 2400 Morgen in etwa 24 Gütern und Gutsanteilen, also nicht mehr Fläche, als ein mäßiges pommersches Rittergut. Auch wurde die reichsritterliche Eigenschaft dieses Besitzes, soweit er mit gräflich nassauischem Grundeigentum im Gemenge lag, von den Grafen fortwährend bestritten. Um so mehr suchten die Freiherrn vom Stein Anlehnung an der Reichsritterschaft und den benachbarten geistlichen Fürstentümern, deren Bischofsstühle und Domherrnstellen der Reichsadel herkömmlicherweise besetzte. Steins Vater, Karl Philipp, war Ritterrat beim mittelhheinischen Kanton seines Kreises, dessen Direktorium seinen Sitz in Koblenz hatte, und Kämmerer des Kurfürsten-Erzbischofs von Mainz.

In solchen Verhältnissen wuchs Karl vom Stein, geboren am 26. Ok-

tober 1757, auf. Sein Vater, häufig abwesend und keine hervorragende Persönlichkeit, scheint wenig Einfluß auf die Erziehung seiner vier Söhne geübt zu haben, um so größern die geistvolle, energische, lebensprühende und vielseitig gebildete Mutter Karoline Langwerth von Simmern, eine der bedeutenden Frauen dieser an solchen so reichen Zeit. Der längst stark verschuldete Familienbesitz des Hauses nötigte die Söhne, in fürstliche Dienste zu gehn, aber nur einer wandte sich nach Osterreich, wo so viele Herren des katholischen Reichsadels einflußreiche Stellungen fanden. Der älteste, Johann Friedrich, nahm holländische, der jüngste, Ludwig Gottfried, württembergische Kriegsdienste. Auch der dritte, Karl, wurde für den Eintritt in den Staatsdienst, zunächst durch eine rein häusliche Ausbildung, vorbereitet.

Er war noch nicht sechzehn Jahre alt, als er hinlänglich gereift erschien, zu Michaelis 1773 die Universität Göttingen zu beziehen, in der Tat schon ein in sich gefestigter Charakter, von stolzem Selbstgefühl und festem, oft schroffem Urteil. Sogar die Handschrift des Sünglings unterscheidet sich wenig von der des fertigen Mannes. Die von ihm gewählte Hochschule war damals bekanntlich für Staatswissenschaften und Geschichte die erste Deutschlands, und ihre Lehrer standen nicht auf dem Boden des Absolutismus, sondern eher des ständischen Staats, wozu die nahe Verbindung Hannovers mit dem parlamentarischen England das ihrige beitragen mochte. Für England zeigte denn auch der junge Freiherr früh ein lebhaftes Interesse. Seine Freunde suchte er sich unter gleichgesinnten und gleichstrebenden Sünglingen; mit dem spätern langjährigen tatsächlichen Leiter Hannovers, Rehberg, trat er schon damals in nahe Beziehungen, die beide lange Jahre verbanden; an den poetischen Bestrebungen der Hainbündler nahm er dagegen keinen Anteil. Als er zu Ostern 1777 Göttingen verließ, begab er sich nach Wezlar und trat hier am 30. Mai, wie Goethe fünf Jahre früher, als Praktikant am Reichskammergericht ein, begann also die Laufbahn, die ihn in den Reichsdienst führen zu müssen schien. Eine Reise durch Süddeutschland und durch einige Provinzen Frankreichs im Frühjahr 1778 sollte die bisherige theoretische Bildung ergänzen. Aber als er nach Regensburg kam, um dort den Reichstag kennen zu lernen, faßte er, eben als Friedrich der Große im Bayerischen Erbfolgekriege wieder die Waffen gegen den Kaiser erhoben hatte, den auffallenden Entschluß, in die Dienste Preußens zu treten. Nach seinem eignen Geständnis war das Entscheidende dabei die Verehrung für den König und seine konservative Gesinnung, der Friedrich damals, indem er für die Erhaltung Bayerns eintrat, als der Verfechter des Bestehenden gegen österreichische Umwälzungspläne erschien. Die Mutter unterstützte den ihr zunächst nicht genehmen Wunsch des Sohnes durch ein hohe Verehrung atmendes Schreiben an den König vom 9. Januar 1779, auf das dieser umgehend und prinzipiell zustimmend noch von Breslau aus antwortete; indes setzte Stein seine Reise noch weiter nach Osterreich, Steiermark und Ungarn fort und traf erst im Februar 1780 in Berlin ein. Welche Hoffnungen die Familie schon damals auf ihn setzte, zeigt sich darin, daß sie ihn 1779 mit Übergangung der beiden ältern Söhne förmlich zum Haupte des Hauses, zum „Stammhalter“ erhob, nachdem der kränkelnde Vater schon 1774

den gesamten Besitz zum unteilbaren Fideikommiß erklärt hatte. Die Verwaltung führte zunächst die tatkräftige Mutter, erst nach ihrem Tode (29. Mai 1783) der „Stammhalter.“

Als er in den preußischen Staatsdienst übergang, hoffte er zunächst in der Diplomatie verwandt zu werden. Zu seinem Glück entschied der damalige Minister des Berg- und Hüttendepartements im Generaldirektorium, Friedrich Anton Freiherr von Heinitz, der Begründer der sächsischen Bergakademie in Freiberg 1765, der 1777 aus Sachsen nach Preußen berufen worden war und sich in zweiter Ehe mit einer Verwandten des Steinschen Hauses vermählt hatte, in anderm Sinne: Stein wurde seinem Departement zugewiesen und bereitete sich für diese neue Aufgabe teils durch den Besuch technischer Vorlesungen in Berlin, teils durch Reisen vor, die ihn mit Heinitz im August 1780 nach den westlichen Provinzen und Holland, 1781 durch Polen bis Wieliczka führten, und hielt sich dann 1782 noch mehrere Monate in Freiberg auf. Im März desselben Jahres zum Oberberggrat, 1783 zum Leiter der westfälischen Bergwerke, 1784 zugleich zum Mitgliede der Kriegs- und Domänenkammer in Kleve und ihrer Deputation für die Grafschaft Mark in Hamm ernannt, nahm er seit dem Mai 1784 seinen festen Wohnsitz in Wetter an der Ruhr, blieb aber mit der Zentralverwaltung, also mit Heinitz, immer in engster Verbindung.

Heinitz, ein geborner Sachse (1725 bis 1802), gehört wie Stein, Scharnhorst, Sneysenau, Blücher und andre mehr zu den zahlreichen deutschen „Ausländern,“ die ihre beste Kraft Preußen gewidmet und seine Größe mitbegründet haben. Mit der Wirtschafts- und Finanzpolitik Friedrichs des Zweiten stimmte er keineswegs ganz überein. Er wollte etwa die Mitte halten zwischen dem alten Merkantilismus und der neuen in Frankreich aufkommenden Physiokratie, deshalb ganz Preußen in ein einheitliches Wirtschaftsgebiet verwandeln, den Durchgangshandel begünstigen und jede Zollerhöhung vermeiden. Auf solchen Grundlagen fand sich Stein mit ihm zusammen; aber solange Friedrich regierte, waren diese Gedanken nicht durchzuführen, und Stein blieb zunächst auf die Verwaltung der Bergwerke beschränkt, wozu bald auch noch die Oberaufsicht über die Fabriken kam. Eifrig besuhr er die Gruben, die meist in den Händen von Gewerkschaften waren, und trotz deren Opposition setzte er eine einschneidende Reform des vernachlässigten Rechnungswesens unter der Aufsicht des Staates durch. Fast widerwillig übernahm er 1785 die diplomatische Aufgabe, den Kurfürsten von Mainz zum Beitritt zum Fürstenbunde zu bewegen, deren glückliche Lösung (15. Oktober 1785) die alte Verbindung des geistlichen Fürstentums mit dem Kaisertum an der wichtigsten Stelle zerriß. Daß Friedrich der Große im scheinbaren Widerspruche mit seiner ganzen Vergangenheit als Verfechter der alten, unbrauchbaren Reichsverfassung, tatsächlich aber als das anerkannte Haupt der fürstlichen Opposition, also des Reichsfürstenstandes endete, war sein letzter Erfolg gegen Österreich; mit seinem Tode (17. August 1786) wurde diese Politik wieder verlassen, der Fürstenbund zerfiel, und auch im Innern schlug sein Nachfolger Friedrich Wilhelm der Zweite neue Bahnen ein.

Das wurde vor allem für die westlichen Provinzen wichtig; erst jetzt traten sie ganz und gar in den Zusammenhang des preußischen Staates ein. Zu ihrem Minister im Generaldirektorium ernannte der König schon am 5. Dezember 1786 Heinig; Stein aber, der 1786/87 eine Instruktionsreise nach England und Schottland gemacht hatte, wurde im November 1787 zum zweiten Direktor der neuen Kriegs- und Domänenkammer für die Grafschaft Mark in Hamm und der klevischen Kammer, im Juli 1788 zu deren erstem Direktor und zum königlichen Kommissar für den klevisch-märkischen Landtag ernannt. Er erhielt damit eine Stellung, die ihm eine tiefgreifende Wirksamkeit ermöglichte und ihn mit allen Kreisen dieser Provinzen in die engste amtliche und persönliche Beziehung brachte.

Sie hatten sehr viele Eigentümlichkeiten, die sie von den Kernprovinzen im Osten der Weser innerlich schieden. Ihr Gesamtumfang betrug, Ostfriesland inbegriffen, damals 237 Geviertmeilen mit 542000 Einwohnern, und zu den Staatskassen lieferten sie jährlich 1800000 Reichstaler. Die wertvollste war die westfälische Grafschaft Mark wegen ihres Bergbaues, ihrer uralten Eisenindustrie und ihrer Wollen- und Baumwollenfabrikation, Gewerbe, die alle längst auf das Land gezogen waren, weil sie auf der ausgiebigen Benutzung der zahlreichen kleinen Wasserläufe des Sauerlandes beruhten. Kleve, Mörs und Geldern waren fast reine Ackerbauländer, aber sie lagen an zwei großen, schiffbaren Strömen, und in Krefeld blühte die alte Seidenindustrie des Hauses von der Leyen. Die kleinen Emslandschaften, Tecklenburg und Lingen, dürftiger Moor- und Sandboden, trieben doch Leinweberei und Hausierhandel; von den Wesergebieten beherrschte Minden den Strom und seine Schifffahrt auf eine bedeutende Strecke, und Ravensberg hatte eine hochentwickelte Leinenindustrie. Fast in allen diesen Territorien verbanden sich also Handel oder Gewerbe oder beide mit dem Ackerbau, und das Gewerbe war weder durch Schutzzölle künstlich aufgezogen noch auf die Städte beschränkt. Deshalb war hier auch die auf der unveränderlichen Grundsteuer (Kontribution) und der Accise, der städtischen Verbrauchssteuer, beruhende Steuerfassung der östlichen Provinzen niemals ganz durchzuführen gewesen; die Accise war auf die wenigen geschlossenen Städte beschränkt, und auch Friedrich der Zweite hatte hier nicht durchgreifen können. Ebenso wenig hatte man die militärische Kantonalverfassung Friedrich Wilhelms des Ersten (von 1733) hier völlig durchsetzen können, Friedrich der Zweite hatte sie in Geldern, Kleve, Mörs, Tecklenburg, Lingen und Mark 1748 ganz aufgehoben (wegen massenhafter Fahnenflucht der Dienstpflichtigen über die überall nahe Grenze) und durch Werbefreiheitsgelder ersetzt; nur in Ravensberg und Minden bestand sie in derselben Form wie im Osten.

Auch die soziale Struktur der Bevölkerung war hier anders als im Osten. In Kleve-Mark war die Bauernbevölkerung fast ganz frei und saß auf eignen oder erpachteten Höfen, in den übrigen Landschaften war sie hörig. Aber auch hier gab es keine geschlossenen Rittergüter, sondern nur Ritteritze, diese gehörten nicht ausschließlich dem Adel und hatten nicht die Gerichts- und Polizeigewalt über ihre Bauern, waren also auch nicht steuerfrei, ausgenommen

die adlichen (seit Friedrich Wilhelm dem Ersten). Die Stände, in Kleve-Mark aus einer kleinen, rasch zusammenschwindenden Zahl altadlicher Geschlechter und den Vertretern von dreizehn Städten, in Minden und Ravensberg ausschließlich aus Adlichen, in Mörs auch aus bäuerlichen Abgeordneten gebildet, standen in voller Wirksamkeit, versammelten sich regelmäßig (die klevisch-märkischen alljährlich), bewilligten nach dem von der Regierung vorgelegten Steueretat die Kontribution in einer nach dem Bedarf wechselnden Höhe, hatten Anteil an der Provinzialgesetzgebung und ließen in der Zwischenzeit die laufenden Geschäfte durch eine ständische Deputation besorgen. Außerdem hatte in Kleve-Mark jedes „Amt“ seinen „Erbentag,“ eine Versammlung der Ritter, der Rentmeister der Domänen und der Bauern, jedes Kirchspiel seinen adlich-bäuerlichen „Kirchspieltag“ für die Verteilung der Landessteuern und Beratung der eignen Angelegenheiten (in Kleve namentlich der Deichbauten). Auch den Städten hatte Friedrich der Große die ihnen von Friedrich Wilhelm dem Ersten entzogene freie Ratswahl 1765 zurückgegeben. Alles in allem hatten also diese Provinzen, besonders Kleve-Mark, eine durchgebildete, lebendige Selbstverwaltung, die alle Stände mit Gemeinsinn, Eifer, Sachkenntnis und Selbstbewußtsein erfüllte. Deshalb bedeutete hier die im Osten so wichtige Einteilung in Kreise unter Landräten aus den eingeseffenen Rittergutsbesitzern wenig, sie bestand auch nur in Kleve-Mark und auch hier erst seit 1753.

Das alles entsprach ganz und gar dem Sinne Steins, und eben deshalb ist seine Tätigkeit hier so fruchtbar gewesen. Er ordnete schon 1789 durch Verträge mit den einzelnen Provinzialständen die unklaren und drückenden Militärverhältnisse so, daß die meisten Landschaften ein bestimmtes jährliches Kontingent geworbener Freiwilliger zum Heere stellten (Kleve 150 Mann), und setzte die Neubefestigung von Wesel durch, dessen Werke im Siebenjährigen Kriege als unhaltbar gesprengt worden waren. Er erreichte 1790 im Einvernehmen mit den Ständen eine Neuordnung der Accise in der Weise, daß sie auf eine Mahl-, Schlacht- und Tranksteuer beschränkt wurde, die Gewerbeprodukte also freiließ. Den Ausfall deckte eine direkte Gewerbe- und Klassensteuer in den Städten, eine Verbrauchs- und Gewerbesteuer auf dem Lande; in einem Drittel der Städte wurde auch jene beschränkte Accise als un- durchführbar aufgegeben und durch eine direkte Steuer ersetzt. Wo sie bestand, blieb die Accise der Verwaltung der Städte überlassen. So genossen diese Provinzen eine fast völlige Gewerbe- und Handelsfreiheit, die wirtschaftlichen Schranken zwischen Stadt und Land waren hier gefallen. Aber recht fruchtbar wurde das doch erst durch die Verbesserung der Verkehrsmittel. Zugleich mit der Erbauung der ersten preussischen Kunststraßen von Magdeburg nach Leipzig und von Berlin nach Potsdam begann und vollendete Stein, unterstützt durch Beiträge der Stände, königliche Dispositionsgelder und Anleihen, den Bau zweier Chaussees in der Grafschaft Mark mit einer Gesamtlänge von 22 Meilen; die preussische Post auf diese neuen Linien zu leiten, gelang ihm freilich noch nicht. Die warme Dankbarkeit seiner Westfalen zeigte Stein, wie sehr das alles ihren Bedürfnissen und Anschauungen entsprach.

Doch schon nahte von Westen das Unheil. Der Umwälzung in Frankreich sah Stein, wie die meisten gebildeten Deutschen, mit einer gewissen Sympathie zu, denn dort wurde zunächst manches verwirklicht, was er selbst in seinem Kreise erstrebte; er war auch ein Verehrer Montesquieus und ein Bewunderer Englands. Nur den drüben bald aufkommenden Radikalismus haßte er gründlich; in diesem Sinne nannte er die Franzosen eine „scheußliche Nation,“ aber er fürchtete sie gar nicht und hoffte von dem Kriege gegen sie, der 1792 ausbrach, manches Günstige, namentlich die Belebung von Energie und Mut. Bald riß ihn dieser Krieg selbst in seine Wirbel hinein und über die Grenzen seiner bisherigen Amtstätigkeit hinaus. Nach dem kläglichen Rückzuge der Verbündeten aus der Champagne und dem Einbruch der Franzosen in die Rheinlande, dem Verluste von Mainz und Frankfurt setzte er die Bildung eines Korps aus Preußen, Hessen und Hannoveranern durch, das am 2. Dezember Frankfurt erstürmte und dann Mainz einschloß; später sorgte er durch Verträge zwischen den Ständen und der Militärverwaltung für die Sicherung der Heeresverpflegung im Winter 1792/93. Diese Tätigkeit brachte ihm eine Erweiterung und Erhöhung seiner amtlichen Stellung. Im April 1793 wurde er zum Präsidenten der märkischen Kammer in Hamm ernannt, zum Präsidenten der klevischen Kammer designiert; als solcher bezog er am 1. Dezember desselben Jahres das alte Herzogschloß von Kleve, und dorthin führte er seine junge Frau, Komtesse Wilhelmine von Wallmoden-Gimborn, mit der er sich im Juni vermählt hatte.

Eine lange Dauer war dieser Stellung nicht beschieden. Mit dem linken Rheinufer ging im Oktober 1794 auch der größte Teil von Kleve verloren, und Stein mußte mit der klevischen Kammer zunächst nach der Festung Wesel, im Februar 1795 vorübergehend sogar nach Magdeburg übersiedeln. Dabei erwuchs ihm wieder die schwere Aufgabe, als Intendant für die Verpflegung der nach Westfalen zurückgewichenen Truppen, 40000 bis 50000 Mann, zu sorgen. Der Sonderfriede von Basel am 5. April 1795 machte dem Kriegszustande für Preußen und den größten Teil Norddeutschlands ein Ende, aber er gab schon grundsätzlich das linke Rheinufer auf und überließ die Verteidigung Süddeutschlands den Österreichern, schädigte also das Ansehen Preußens, das zehn Jahre zuvor so hoch gestanden hatte, aufs tiefste. Erzürnt nannte Stein den Frieden „eine perfide Preisgebung Deutschlands.“ Er hatte nicht Unrecht. Daß das feindselige Verhalten Österreichs und Rußlands im Osten für Preußen die Fortsetzung des Krieges im Westen unmöglich machte, wußte er nicht; er sah nur die grenzenlose Unfähigkeit der Zentralverwaltung und ihr Unvermögen, die dringend nötige Reform des Steuerwesens durchzuführen. Denn die nach der Weise Friedrichs des Zweiten im Frieden zurückgelegten Mittel des Staatsschatzes waren zu Ende, und die Aufhebung der adlichen Steuerfreiheit, mit der jede Finanzreform beginnen mußte, scheiterte an der Selbstsucht des Adels, der zwar herrschen, aber nicht die Lasten des Gemeinwesens auf sich nehmen wollte.

Steins Freund Heinich sorgte wenigstens dafür, daß er die im Westen begonnenen Reformarbeiten dort weiterführen konnte. Am 12. Mai 1796

erhielt der Freiherr die Ernennung zum Oberpräsidenten aller westlichen Provinzen, außer Ostfriesland, mit dem Sitz in Minden. Sein Ziel blieb das alte: Schonung der landständischen Einrichtungen, aber Zentralisation in Handel, Gewerbe und Militärwesen, sowie Verminderung des Beamtentums. Freilich arbeitete Stein unter schwierigeren Verhältnissen als früher. Das linksrheinische Kleve mußte er verloren geben, obwohl er eine Zeit lang noch die Hoffnung gehegt hatte, es wieder zu erlangen; im Jahre 1797 wurde dort die französische Verwaltung eingeführt. Die rechtsrheinischen Provinzen litten schwer unter den französischen Schutzzöllen und dem fortdauernden Seekriege mit England. Hier griff Stein direkt durch Unterstützung der Leinenfabrikation, Verbesserung der Maschinen und Förderung des Gewerbeunterrichts ein. Vor allem aber strebte er nach möglichster Förderung des innern Verkehrs. Neue Kunststraßen entstanden in der Grafschaft Mark zur Verbindung einerseits mit dem Hellweg und der Soester Börde, andererseits mit Wesel, Duisburg und Ruhrort, in Minden und Ravensberg von der bückeburgischen Grenze über Minden und Herford nach Bielefeld. An der Weser wurde ein Leinpfad eingerichtet, dagegen gelang es noch nicht, das alte, verkehrstörende Stapelrecht von Minden zu beseitigen. Am Rhein wurde der Schiffahrtsweg durch einen großen Durchstich zwischen Wesel und Xanten verkürzt. Ein entscheidender Schritt zur vollen Freiheit des Binnenverkehrs war es, als schon am 4. April 1796 alle Binnenzölle in der Grafschaft Mark aufgehoben und durch Grenzzölle ersetzt wurden, ein Vorläufer für das preussische Zollgesetz vom 26. Mai 1818, das dasselbe Prinzip auf den ganzen Staat übertrug und die Gründung des deutschen Zollvereins einleitete. In den offenen Städten Tecklenburgs und Lingsens wurde die Accise durch eine direkte Steuer ersetzt, in Minden beschränkt. Sogar mit dem Plan zur Einführung völliger Gewerbefreiheit trugen sich Stein und Heinitz. Nicht minder wandte sich ihre Fürsorge der Bauernbefreiung zu. Die Aufteilung der noch sehr umfangreichen Gemeinheiten wurde zur Ansetzung landloser Leute benutzt, die Hörigkeit auf den königlichen Domänen 1797 aufgehoben, sodaß die Höfe in freies Eigentum oder in Erbpacht übergingen. Auf den Rittergütern scheiterte diese Reform an den Gutsherrn und an der Schlassheit der Zentralbehörden; doch gelang es wenigstens, den uralten aber sehr drückenden Vorspanndienst (für die Beförderung des Königs, der Beamten und des Militärs) zu erleichtern, wogegen der höchst lästige Mühlzwang (der Domänenbauern für die königlichen in Erbpacht gegebenen Mühlen) aufrecht blieb. Für das Armenwesen sorgte ein neues Landarmenhaus in Unna. Für die Vereinfachung der Verwaltung geschah manches. Vor allem übertrug ein von Stein entworfenes königliches Reskript am 15. März 1802 die Aufsicht über die städtische Verwaltung den Kammern an Stelle der Justizbehörden („Regierungen“), machte also an dieser Stelle der Vermischung von Justiz und Verwaltung ein Ende.

Ganz neue Aufgaben erwuchsen Stein, als ihm im September 1802 die Verwaltung der westfälischen „Entschädigungslande“ (nach dem Vertrage vom 23. Mai desselben Jahres), des halben Bistums Münster, des Stifts Paderborn, der Abteien Essen und Werden, die die alten westlichen Provinzen unter-

einander verbanden und abrundeten, als Oberpräsidenten mit dem Sitz in Münster übertragen wurde. Seine sachkundige, feste, dabei wohlwollende Art empfahl ihn ganz besonders für die schwierige Aufgabe, neue widerwillige Untertanen in die preussischen Verhältnisse einzugewöhnen. Er tat deshalb auch alles Mögliche, um die landständische Verfassung dieser Territorien zu erhalten, aber gerade in dem wichtigsten, in Münster, vermochte er das nicht durchzusetzen; der dortige Landtag wurde schon im September 1802 geschlossen, im November 1802 aufgehoben, auch die von Stein empfohlne Bildung einer ritterschaftlichen Korporation nicht genehmigt. Im übrigen blieb gar nicht die Zeit, die neuen Verhältnisse zu konsolidieren. Stein mußte es erleben, daß die unverzeihliche Schwäche seines Königs, Friedrich Wilhelms des Dritten, den Franzosen erlaubte, sich 1803 in Hannover festzusetzen, dicht an der Nordgrenze seines eignen Verwaltungsbezirks, und daß der Herzog von Nassau-Usingen die in seinem Machtbereich liegenden Steinschen Güter als gute Beute ansah. An ihn richtete er den berühmten Brief vom 13. Januar 1804, der das Todesurteil über die deutschen Kleinstaaten aussprach und in der Einigung und Verstärkung Preußens und Oesterreichs die Rettung Deutschlands, des einzigen Vaterlandes, das der stolze Reichsritter anerkannte, sehen zu müssen erklärte.

Bald sollte er selbst berufen sein, an entsprechender Stelle für die Zukunft Preußens und Deutschlands zu arbeiten. Seine Oberpräsidentschaft in Münster war nur eine kurze Übergangszeit. Schon am 27. Oktober 1804 ernannte ihn der König zum Minister des Fabriken- und Accisedepartements im Generaldirektorium, modern gesprochen etwa zum Handels- und Finanzminister. So siedelte er nach Berlin über, in die Mitte der altpreussischen Provinzen. Schon früher war er mit ihnen persönlich in enge Verbindung getreten, denn indem er aus Abneigung gegen die französische Herrschaft seine Güter auf dem linken Rheinufer und aus Besorgnis vor neuen Kriegsunruhen auch einen Teil seiner rechtsrheinischen Besitzungen verkaufte, erwarb er zu Anfang des Jahres 1802 die große Herrschaft Birnbaum bei Meseritz an der Warthe, trat also in den Grundadel der Ostprovinzen ein.

Mit der Übernahme des neuen Amtes beginnt seine Reformtätigkeit für den Gesamtstaat; die Jahre nach der Katastrophe von 1806, die Jahre seiner Ministerpräsidentschaft 1807/8 haben sie nur fortgesetzt, erweitert und vertieft auf der Grundlage der Erfahrungen, die er sich seit 1783 in den westlichen Provinzen erworben hatte. Die Aufhebung der bäuerlichen Erbuntertänigkeit 1807, die Städteordnung 1808, die Reform des ostpreussischen Provinziallandtags mit Zuziehung von Vertretern der Bauernschaft und der Plan eines allgemeinen Landtags, endlich die Reform der Zentralverwaltung und das, was nach Steins Rücktritt seine Nachfolger durchgeführt haben, das hatte sein Vorbild in dem, was Stein in den westlichen Provinzen gesehen, gedacht und durchgeführt hatte. Ein Grundzug der deutschen Geschichte, daß die Volksteile und Landschaften empfangend und gebend einander ergänzen, tritt gerade hier besonders deutlich hervor. Auch für einen zweiten ist Steins Entwicklung sinnbildlich. Der kaiserlich gefinnte Reichsritter, der nur in Deutschland sein

Vaterland sah, mußte ein preußischer Beamter und Patriot werden, wenn er für Deutschland arbeiten wollte, weil die Institutionen des Reichs keinen sichern Grund mehr dafür boten. So zerfielen das alte Reich und der Reichspatriotismus, sie wurden abgelöst durch die lebenskräftigen Einzelstaaten und den sich an sie anschließenden Sonderpatriotismus, vor allen den preußischen, und indem sich aus jenen die neue Reichseinheit bildete, entstand auch ein neues, nicht an das alte Reich anknüpfendes Nationalgefühl. Für diese Wandlung ist wieder Bismarck vorbildlich. Kein Wunder, daß bei so verschlungnem Entwicklungsgange der deutsche Patriotismus noch immer nicht dieselbe Stärke wie bei früher geeinten Kulturvölkern erlangt hat.



Rußland in Vorderasien

(Schluß)



icht in allen Gebieten der russischen Grenzländer ist der Ausbau des Verkehrsnetzes in gleichem Maße von der Kriegsbereitschaft abhängig. In Ländern wie die Mandchurei und Persien, in denen den Russen keine nennenswerte eigne Kraft entgegentritt, gewinnen sie nur durch den Bau von Bahnen einen politischen und militärischen Einfluß, der mit der Zeit ohne Schwertstreich zur vollen Beherrschung dieser Länder führen wird. In Afghanistan und in Kleinasien dagegen treten diesem Vorschreiten die Interessen zweier Staaten entgegen, deren Grundlagen erschüttert würden, wenn sie ein solches Vorgehen Rußlands duldeten: der Türkei und Indien-Englands.

Unter diesen Umständen hat Rußland seit Jahren die eingehendsten Vorbereitungen getroffen, die Feldzüge, die so unvermeidlich sind, wie die Weltgeschichte fortschreitet, günstig zu eröffnen. Für eine Operation gegen Afghanistan bieten sich den Russen mit Notwendigkeit drei Operationsrichtungen, die dieselben geblieben sind, seitdem für die Eröffnung des Feldzugs dieselben lokalen Bedingungen bestehn, wie heute, also seit der Eroberung des Khanats Chokand im Jahre 1876.

Nach dem Entwurfe Skobelevs waren 1878 die einzelnen Kolonnen in der Weise angelegt, daß Kolonne Grotenhelm von Merv auf Herat, Kolonne Kaufmann von Samarkand über Balch und den Bamiandpaß auf Kabul, Kolonne Abramow über das Pamir ins Tschitral vorgehn sollte. Allerdings läßt die geringe Stärke des Expeditionskorps (20000 Mann) es zweifelhaft erscheinen, ob die Russen ernsthaft an eine Offensive dachten. Näher liegt wohl die Annahme, daß sie durch eine Demonstration an der Nordgrenze von Afghanistan einen Druck auf das Verhalten Englands in der türkischen Frage auszuüben suchten. Dem Vorgehen wurde, als es kaum eingeleitet war, durch den Beginn des Berliner Kongresses ein Ende bereitet.

Das nächste Ziel der russischen Operation ist eine weiter vorgeschobne